

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Die Bezirksvertretung hat im vergangenen Jahr auf gemeinsame Initiative von ÖVP und SPÖ einstimmig beschlossen, am Standort Stumpergasse 56 ein „Generationenhaus“ zu errichten. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Wie ist der derzeitige Stand des Projekts?
- Wann werden die Bauarbeiten beginnen?
- Wann ist aus derzeitiger Sicht mit der Fertigstellung zu rechnen?

Gerhard Hammerer

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Das Grundstück Stumpergasse 56 wurde bereits an Wiener Wohnen übertragen. Ein Baubeginn ist derzeit noch nicht bekannt, ebenso wenig gibt es einen „Eröffnungstermin“. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird vorab noch eine Änderung des Flächenwidmungsplanes notwendig sein, auch hier sind dem Bezirksvorsteher aber noch keine Details bekannt.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Die ÖVP Mariahilf hat im März 2016 einen Antrag bezüglich der Möglichkeiten zur Übertragung von Bezirksvertretungssitzungen im Internet gestellt. Damals wurde auf eine wienweite Arbeitsgruppe verwiesen. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Hat diese Arbeitsgruppe bereits getagt?
- Gibt es bereits erste Ergebnisse?
- Wenn ja, wann werden sie veröffentlicht?
- Wenn nein, wann ist mit Ergebnissen bzw. einer Entscheidung zu rechnen?

Rainer Wolschner

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Laut Auskunft des Bezirksvorstehers ist ein Pilotprojekt geplant, Details dazu sind ihm nicht bekannt. Auf der Frage der ÖVP, ob sich Mariahilf beteiligen würde, antwortet er mit einem prinzipiellen Ja, das hängt aber davon ab, ob sich die Räumlichkeiten in Mariahilf dafür eignen. Auf Ersuchen der ÖVP wird die Anfrage an die zuständigen Stellen der Stadt Wien weitergeleitet. Die Beantwortung erfolgt in schriftlicher Form.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



---

## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Die veränderte Route des 13A durch den Bezirk wurde im Rahmen einer Probephase getestet. Ursprünglich war als Endtermin der 31. Dezember 2015 avisiert, dieser wurde dann auf den 31. Dezember 2016 verschoben. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Wird die Probephase per Ende 2016 beendet?
- Wenn nein, was sind die Gründe für eine weitere Verzögerung?
- Wann wird die Probephase endgültig abgeschlossen sein?

Gerhard Hammerer

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Die Probephase wurde seitens der Wiener Linien um ein weiteres Jahr bis Ende 2017 verlängert. Begründet wird dies seitens der Wiener Linien mit dem U-Bahn-Bau. Einen Termin für den Abschluss gibt es nicht.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Laut Rückmeldungen aus der Bevölkerung, insbesondere von älteren Personen, haben die „negativen Erlebnisse“ mit Radfahrern leider zugenommen. Beispielhaft wird das Missachten des Vorrangs oder das Fahren am Gehsteig genannt. Auch die Möglichkeit, mit dem Fahrrad gegen die Einbahn zu fahren, wird aus Sicherheitsaspekten kritisch gesehen. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Sind bei Ihnen bzw. in Ihrem Büro Beschwerden über das Verhalten von Radfahrern bzw. konkret Beschwerden bezüglich Radfahren gegen die Einbahn eingegangen?
- Gibt es in der Unfallstatistik des Bezirks genauere Auswertungen zu diesem Punkt?
- Wie kann das Einhalten der Regeln besser kontrolliert werden?
- Welche Maßnahmen kann der Bezirk selber setzen?

Rainer Wolschner

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Beschwerden sind im Büro des Bezirksvorstehers eingegangen, in der Unfallstatistik gibt es dazu aber keine detaillierteren Auswertungen. Für Ideen hinsichtlich der Einhaltung ist der Bezirksvorsteher offen, die Zuständigkeit liegt aber nicht beim Bezirk.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Die Zahl der Allergiker ist in Wien in den letzten Jahren deutlich angewachsen. Durch Berücksichtigung von Bäumen mit weniger allergieerzeugendem Potential würde man die (zukünftige) Gesundheit der Mariahilfer Bevölkerung positiv beeinflussen. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Ist das allergieerzeugende Potential von gepflanzten Bäumen und Sträuchern ein spezifisches Thema bei innerstädtischen Pflanzungen?
- Besteht hierfür ein Katalog besonders geeigneter oder "verbotener" Pflanzungen?
- Wenn ja, wo ist dieser einsehbar?
- Wurde darauf in den vergangenen Jahren bei Pflanzungen im 6. Bezirk Rücksicht genommen?

Rainer Wolschner

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Die Anfrage wird an die zuständigen Stellen der Stadt Wien weitergeleitet. Die Beantwortung erfolgt in schriftlicher Form.



Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Die ÖVP Mariahilf hat im März 2016 einen Antrag auf temporäre Nutzung der Anrainer/innenparkplätze eingebracht. Bei der Behandlung in der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission wurde auf laufende Gespräche im Ressort der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung Mag<sup>a</sup> Maria Vassilakou verwiesen. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Haben Sie Kenntnis vom Stand der Dinge in der Arbeitsgruppe bzw. wann werden erste Ergebnisse präsentiert?
- Ist seitens der amtsführenden Stadträtin an Erleichterungen (temporäre Nutzung) für Wirtschaftstreibende gedacht?
- Wäre es rechtlich möglich, zeitliche Beschränkungen (z.B. 18-22 Uhr) für Anrainer/innenparkplätze einzuführen?
- Wenn ja würden Sie diese Beschränkung gutheißen bzw. begrüßen?

Veronika Zimmermann

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Die Anfrage wird an die zuständigen Stellen der Stadt Wien weitergeleitet. Die Beantwortung erfolgt in schriftlicher Form.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Die ÖVP Mariahilf hat am 16. Juni 2016 eine Anfrage zur möglichen Neustrukturierung der Bezirke gestellt. Damals haben Sie erklärt, dass es keine Pläne der Stadtregierung gibt und die Studie der AK Wien lediglich ein „kreativer Ansatz“ sei. Am 18. Oktober 2016 hat Bürgermeister Häupl erste Details zur Verwaltungsreform präsentiert, die nun auch Pläne zur Neustrukturierung enthalten. Für ihn ist jetzt denkbar, kleinere Innenstadtbezirke zusammenzulegen und Häupl wörtlich: „Wir wollen über alle Strukturen der Stadt völlig vorbehaltlos denken.“ Die Neustrukturierung ist, so Häupl, Teil eines von vier Themenkreisen, die im Frühjahr 2017 erste Ergebnisse liefern sollen. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Wie stehen Sie zu den veröffentlichten Plänen des Bürgermeisters, Innenstadtbezirke zusammenzulegen?
- Sind Sie oder ein/e von Ihnen nominierte/r Vertreter/in in den Themenkreis eingebunden?
- Wenn ja, hat es bereits erste Gespräche / Termine gegeben?
- Wenn ja, was waren die Ergebnisse?
- Wie werden die Fraktionen in Bezug auf die Neustrukturierung eingebunden?

Bernadett Thaler

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Der Bezirksvorsteher teilt die Ansicht des Bürgermeisters, über alle Strukturen der Stadt „vorbehaltlos“ zu denken. Er ersucht alle Fraktionen, Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen an ihn zu richten, damit er sie weiterleiten und in den Prozess einbringen kann.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 15. Dezember 2016 folgende



## **ANFRAGE**

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

In der Nelkengasse ONr. 4 wurde entgegen den sonstigen Gepflogenheiten ein Schanigarten in der Parkspur auf sieben Jahre jeweils bis Ende Oktober genehmigt. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Wer ist für die Genehmigung zuständig?
- Warum wird hier eine Ausnahme von der Regel genehmigt?

Maria Blazej

### **Antwort des Bezirksvorstehers:**

Die ursprüngliche Regelung stammt noch aus der Zeit der früheren Bezirksvorsteherin Renate Kaufmann. Die derzeitige Vereinbarung (7 Jahre) erfolgte gegen den Willen des Bezirksvorstehers. Er verweist auf neue Rahmenbedingungen seitens der Stadt, u.a. dass es bei einem Wechsel zu einer Neuverhandlung kommt und dass es jetzt auch ein Entzugsrecht gibt.